§ 10

(1) Die Katastrophenkommissionen haben in ihrem Bereich weitgehende organisatorische Maßnahmen für die Beseitigung von Gefahrenquellen und die Bekämpfung von Katastrophen zu treffen. Sie treffen ihre Maßnahmen auf der Grundlage der Vorschläge des Vertreters des jeweils fachlich zuständigen Organs. Die Maßnahmen sind in einem Organisationsplan festzulegen.

(2) Zur Leitung des operativen Einsatzes aller Kräfte bei der Verhütung und Bekämpfung von Katastrophen, bei der Beseitigung von Katastrophenschäden und bei der Koordinierung aller für die Katastrophenbekämpfung wichtigen Organe bedienen sich die Leiter der Katastrophenkommissionen der Kommandos bzw. Stäbe des Luftschutzes. Die Kräfte und Mittel des Luftschutzes sind in die Bekämpfung von Katastrophen aller Art einzubeziehen. Alle Maßnahmen sind dabei in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern des fachlich zuständigen Organs durchzuführen.

§ 11

(1) Die Katastrophenkommissionen haben das Recht, in ihrem Bereich mit verbindlicher Wirkung gegenüber allen Staats- und Wirtschaftsorganen sowie den Bürgern die Durchführung von Maßnahmen anzuordnen, die zur Beseitigung von Gefahrenquellen, zur Abwehr akuter Katastrophengefahren und zur Bekämpfung von Katastrophen sowie der Beseitigung der unmittelbaren Folgen notwendig sind.

(2) Weisungen gegenüber Dienststellen der Deutschen Reichsbahn sind, sofern dadurch die Abwicklung des Betriebes oder des Verkehrs betroffen wird, nur mit Zustimmung des Vertreters des Ministeriums für Verkehrswesen in der Zentralen Katastrophenkommission oder des Vertreters der Deutschen Reichsbahn in der Katastrophenkommission des Bezirkes zu erteilen.

(3) Weisungen gegenüber Dienststellen der Deutschen Post sind, sofern dadurch das Fernmelde- und Funkwesen betroffen wird, nur mit Zustimmung des Vertreters des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen in der Zentralen Katastrophenkommission bzw. des Vertreters der zuständigen Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen in der Katastrophenkommission des Bezirkes zu erteilen.

(4) Weisungen gegenüber Organen und Betrieben der Wasserwirtschaft sind, soweit sie die öffentliche Wasserversorgung betreffen, nur mit Zustimmung des zuständigen Vertreters der Wasserwirtschaft in der Katastrophenkommission des Bezirkes bzw. des Leiters des Amtes für Wasserwirtschaft und, soweit sie die Bedienung von Talsperren, Wehren und Schleusen betreffen, nur mit Zustimmung des ständigen Beauftragten der Wasserwirtschafts-Direktion in der Katastrophenkommission des Bezirkes bzw. des Leiters des Amtes für Wasserwirtschaft zu erteilen.

(5) Weisungen gegenüber Betrieben und Organen der Energiewirtschaft sind, soweit sie die öffentliche Energieversorgung betreffen, nur mit Zustimmung des Leiters der Abteilung Energie in der Zentralen Katastrophenkommission bzw. der Katastrophenkommission des Bezirkes zu erteilen.

(6) Gegenüber Dienststellen der Nationalen Volksarmee sind die Katastrophenkommissionen nicht unmittelbar weisungsberechtigt. Der Einsatz von Kräften und Mitteln der Nationalen Volksarmee zur Katastrophenbekämpfung ist durch den * Vertreter der Nationalen Volksarmee in der betreffenden Katastrophenkommission anzufordern. Bei Gefahr im Verzuge können die Kommandeure selbständiger Dienststellen von den Vorsitzenden der Katastrophenkommissionen ersucht werden, unverzüglich Kräfte und Mittel der Nationalen Volksarmee bereitzustellen.

(7) Der Einsatz von Kräften der bewaffneten Organe des Ministeriums des Innern hat nur mit Zustimmung des Vertreters der Deutschen Volkspolizei in der Katastrophenkommission bzw. des zuständigen Dienststellenleiters oder Kommandeurs der Einheit zu erfolgen.

(8) Alle Weisungen, die in den fachlichen Ablauf eines Betriebes oder einer Institution eingreifen, sind vorher mit dem zuständigen Verantwortlichen abzustimmen.

§ 12

(1) Die Vorsitzenden der Katastrophenkommissionen der Kreise sind verpflichtet, jeden Katastrophenfall unverzüglich den Vorsitzenden der Katastrophenkommission des zuständigen Bezirkes und als Erstmeldung gleichzeitig dem Vorsitzenden der Zentralen Katastrophenkommission zu melden. Die Absendung der Meldung an den Vorsitzenden der Zentralen Katastrophenkommission ist dem Vorsitzenden der Katastrophenkommission des Bezirkes zu melden. Alle weiteren Meldungen über den Verlauf der Katastrophe sind über den Vorsitzenden der Katastrophenkommission des Bezirkes zu leiten.

(2) Ist die Beseitigung von Gefahrenquellen oder die Bekämpfung einer Katastrophe der Katastrophenkommission des Kreises mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln allein nicht möglich, so ist unverzüglich der Vorsitzende der Katastrophenkommission des Bezirkes davon unter Angabe

- a) des Ausmaßes des drohenden oder entstandenen Schadens,
- b) der getroffenen Maßnahmen und ihrer Wirkung,
- c) von Vorschlägen über die von der übergeordneten Katastrophenkommission zu treffenden Maßnahmen und den Umfang der erforderlichen Hilfeleistung

zu unterrichten. Die gleichen Grundsätze gelten für die Katastrophenkommissionen der Bezirke zur Benachrichtigung der Zentralen Katastrophenkommission.

§ 13

(1) Die übergeordneten Katastrophenkommissionen sind gegenüber den nachgeordneten Katastrophenkommissionen weisungsberechtigt. In besonderen Fällen, in denen die Zentrale Katastrophenkommission den Katastrophenkommissionen der Kreise direkte Weisungen erteilt, sind die zuständigen Katastrophenkommissionen der Bezirke vom Inhalt der Weisung zu informieren.

(2) Die übergeordneten Katastrophenkommissionen sind berechtigt, die Leitung der Katastrophenbekämpfung zu übernehmen.